Und das in einer Nummer . . .

Industriegewerkschaft Metall auf dem linksradikalen Kriegspfad

Linksradikale Töne dringen wieder einmal aus dem Lager der Industriegewerkschaft Metall. In Nr. 5 ihres Informationsblattes vom 6. März 1962 findet sich in der Mitte der Ausgabe eine zweiseitige Bild- und Textreihe, die in Tendenz und Jargon an Pamphlete erinnert, wie sie in der sowjetischen Besatzungszone zur Propaganda gegen die Bundesrepublik üblich sind.

Der Artikel trägt die Überschrift „Mahnung zur Wachsamkeit“. In einem die beiden Seiten umgebenden roten Rahmen wird gebeten, daß gerade dieser Artikel ausgehängt und damit noch weiter verbreitet wird. In dem Beitrag finden sich u. a. folgende bezeichnende Textstellen:

„Der jetzt auf 18 Monate verlängerte Wehrdienst ist die unmittelbarste Auswirkung des kalten Krieges auf die Jugend der Bundesrepublik. Durch den stark forcierten Kasernenbau — allein 1962 für zwei Milliarden DM — wird der Wohnungsbau für die Familien beeinträchtigt.“

„Arbeitsbuch und unter Militärgesetz dienstverpflichtete Arbeiter in Uniform sind nicht länger nur üble Erinnerungen an das tausendjährige Reich. Beide Langsmaßnahmen drohen den Bundesbürgern, wenn Bonn seine weitreichenden Notstands- und Notdienstpläne verwirklichte.“

„Autos werden 1939 beschlagnahmt.“ (Dazu wird ein Foto aus dieser Zeit gezeigt). „Dasselbe kann dem Autobesitzer auch künftig widerfahren. Aufgrund des kürzlich verabschiedeten Bundesleistungsgesetzes wird bereits eine ‚Musterung‘ der Autos vorbereitet. Angesichts der latenten Gefahr sah sich die Bundesregierung bereits veranlaßt, unter dem Titel ‚Jeder hat eine Chance‘ eine sogenannte Atomschutzfibel herauszubringen. Auch der Bau von Atomschutzkellern wird wieder propagiert und soll demnächst auch aus Bundesmitteln finanziell gefördert werden. Der Luftschutz unseligen Angedenkens ist wiedererstanden. Auf den Dächern unserer Städte und Dörfer ragen Luftschutzsirenen in den Himmel.“

Unter einem anderen Bild, das die Übergabe eines Briefes an eine alte Frau zeigt, heißt es:

„Einen Brief von lieben Freunden oder Verwandten mag dieser Postbote bringen. Aber kann die alte Frau sicher sein, daß

der Brief nicht bereits von Fremden geöffnet und gelesen wurde? Nein! Denn trotz der eindeutigen Bestimmung des Grundgesetzes gibt es für bestimmte Sendungen eine Postkontrolle.“

Bekannte Thesen

Alle diese Thesen sind nicht neu. Jahrelang gehörte z. B. der Kampf gegen die Verteidigungsbestrebungen der Bundesrepublik zur bevorzugten Propaganda der SPD und mit ihr der radikalen Vertreter innerhalb der Gewerkschaften. Inzwischen hat sich auch bei der SPD die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Wehrdienst und seine jetzt nötig werdende Verlängerung eine Voraussetzung dafür sind, um die Freiheit zu sichern. „Mehr

Wohnungen statt Kasernen“, dieses durchsichtige Schlagwort „zierte“ zur Bundestagswahl 1953 ein Wahlplakat der Opposition — offenbar kommt die IG Metall heute noch nicht von dieser Art der Agitation ab, deren Unwahrheit längst erwiesen ist.

Vergleiche zwischen der Bundesregierung und der Zeit des Nationalsozialismus hört man täglich aus der Propagandaküche der sowjetischen Besatzungszone — mit denen doch auch die IG Metall nichts gemein haben möchte, wenn sie sich auch nicht scheut — die Beispiele beweisen es — in das gleiche Horn zu blasen.

Keinesfalls verdient der Artikel in der Zeitschrift „Metall“ die Überschrift „Mahnung zur Wachsamkeit“. Jedes Wort richtet sich gegen die Wachsamkeit, gegen die Sicherheit der Bundesrepublik, gegen die Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis der freien Welt.

Die Sozialdemokratie hat es bisher nicht für nötig befunden, gegen diese un-

Fortsetzung Seite 2

Dreimal Brenner

Deutsches Fernsehen 24. 5. 1961: Zur Frage des politischen Einsatzes der Gewerkschaften sagte ein Journalist in dem Gespräch, das unter dem Thema „Das Unbehagen des Gewerkschaftsführers Brenner“ lief u. a.: „1953 haben Sie das Schlagwort geprägt: Wählt einen besseren Bundestag! 1957 war eine gewisse Abstinenz da, nach Ihren Worten in Frankfurt war eben anzunehmen, daß diesmal die Gewerkschaften wieder sehr aktiv sein werden“ (d. h. in der Bundestagswahl 1961, d. Red.).

Brenner: „Das ist nicht über den Rahmen hinaus, sondern das betrachte ich als eine völlig normale Betätigung der Gewerkschaften.“

Deutsches Fernsehen 11. 1. 1962 „Meet the Press“:

Journalist: „Würden Sie sagen, daß Sie bei Ihren alten Forderungen geblieben sind, während die anderen reaktionärer geworden sind?“

Brenner: „Das kann man in dieser Form zweifellos sagen“.

In der gleichen Sendung des Fernsehens:

Journalist: „Die Ereignisse des 13. August sind an uns allen nicht ohne Spuren vorübergegangen. Kann man davon sprechen, daß in Ihrer Gewerkschaft eine neue Einstellung zur Bundeswehr und zu den Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik gefunden worden ist seitdem?“

Brenner: „Darüber gibt es im Augenblick keine neue Einstellung“.

Und das in einer Nummer . . .

Fortsetzung von Seite 1

glaubliche linksradikale Agitation vorzugehen, die zumindest unter der Duldung ihres Parteimitglieds Brenner veröffentlicht worden ist und nach Willen der Verfasser in den Betrieben ausgehängt werden soll. Der politischen Brisanz der Veröffentlichung ausweichend, sucht die SPD der Kritik der CDU/CSU zu unterstellen, sie werde nur aus dem Grund erhoben, um gegen die Tarifpolitik der IG Metall vorgehen zu können — was blanker Unsinn ist, wenn man sich die Sätze in der Zeitschrift „Metall“ genau durchliest. Mit dem lahmen Hinweis im SPD-Pressedienst vom 10. März, der Artikel sei „gewiß umstritten“ dürfte es nicht sein Bewenden haben.

Wie kommt es wohl, daß Herbert Wehner, Verantwortlicher im Parteivorstand für die DGB-Arbeit und die Aktionen der SPD-Betriebsgruppen, nicht gegen eine unsachliche Veröffentlichung vorgeht, die zudem dem ansonsten ständig propagierten „neuen Kurs“ der SPD so scharf widerspricht? Schließlich hat die SPD-Bundestagsfraktion der Verlängerung der Wehrdienstzeit — wenn auch nicht ohne Widerspruch innerhalb und außerhalb der Fraktion — zugestimmt und sich den klärenden Gesprächen zur Vorbereitung einer Notstandsgesetzgebung bisher nicht verschlossen. Hier hätte sie die beste Gelegenheit, durch eine unmißverständliche Distanzierung von Brenners Radikalismus die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik von der Echtheit ihres „neuen Kurses“ zu überzeugen.

Um so mehr wäre die SPD zu einer offenen Stellungnahme verpflichtet, als es doch ein offenes Geheimnis ist, in welchem starkem Maße die enge Umgebung Brenners ihr geistiges Rüstzeug von Männern wie Professor Abendroth und Viktor Agartz bezogen hat. Bekanntlich werden Mitglieder der SPD sonst mit dem Parteiausschluß bedroht, wenn sie sich der Fühlungnahme mit diesen Kreisen schuldig machen.

Die rote Linie

Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre läßt erkennen, daß die IG Metall nicht daran denkt, von den linksradikalen Thesen abzugehen — nicht zuletzt auch zum Schaden der SPD, die durch solche Töne aus einem ihr doch unbestritten nahestehenden Lager unglaubwürdig gemacht wird.

Dafür gibt es einige aufschlußreiche Beispiele:

Im Oktober 1960 anlässlich des Kongresses der IG Metall sagte z. B. der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, SPD-Mitglied Wöhrle u. a.:

„So wie in der Zone Angst und Furcht mit Hilfe von modernen Massenbeeinflussungsmitteln zu künstlicher Begeisterung umgefälscht werden, wird in der Bundesrepublik heute schon wieder Demagogen und Machtpolitikern das Handwerk dadurch erleichtert, daß man Antikommunismus als demokratische Legitimation ausgibt.“

Bundesarbeitsminister Blank, der auf dem Kongreß sprach, wurde ausgepfiffen

und erhielt auf seine sachlichen Ausführungen die demagogische Antwort: „... soll nach Hause gehen!“ Diese Haltung war nicht verwunderlich. Der Gewerkschaftsvorsitzende Brenner hatte doch in seinem während des Kongresses vorgelegten Rechenschaftsbericht u. a. geschrieben, die ganze Sozialpolitik der Bundesregierung sei von dem Streben beherrscht gewesen, durch Beschränkung und wenn nötig, „Demontage des Sozialhaushaltes“ Mittel für die wachsenden Ansprüche des Verteidigungshaushaltes frei zu machen. Entsprechend dem gleichen Radikalismus waren auch die Entschlüsse, die der IG Metall-Kongreß mit großer Mehrheit faßte. In ihnen wurde eine Ächtung der Atomwaffen verlangt, die „Remilitarisierung“ beider Teile Deutschlands abgelehnt und der Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel einschließlich des politischen Streiks zur Verhinderung der geplanten Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung gefordert.

Marxistische Vorstellungen

Unter den Vorlagen des Kongresses der IG Metall befand sich auch eine, in der die Sozialisierung der „wirtschaftlichen Schlüsselpositionen“ gefordert wurde. Die IG Metall bewegt sich hier bewußt in marxistischen Bahnen. Dazu — und nur dazu — wagte auch die SPD ein Wort. Durch ihren Abgeordneten Dr. Deist ließ sie recht unverbindlich erklären,

sie identifiziere sich nicht mit dieser Sozialisierungsvorlage. Gegen den Vergleich der Bundesrepublik mit dem SED-System in der sowjetischen Besatzungszone unternahm die SPD nichts.

Ein Jahr später, im Oktober 1961, kamen aus dem Munde von Otto Brenner während der vierten Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz seiner Gewerkschaft in Dortmund Äußerungen in derselben Linkstendenz, zu denen etwa die folgende zu zählen ist: „Will der Bundeswirtschaftsminister etwa in Idealkonkurrenz zu Herrn Ulbricht treten, der in der Zone bei gleichem Lohn mehr Produktion verlangt?“ Diese Frage wurde zu einer Zeit gestellt, als die ganze westliche Welt voll Empörung über das Terrorsystem der SED war und die Errichtung der Mauer in Berlin brandmarkte. Die Äußerung Brenners ist aber nur ein weiterer Hinweis dafür, daß die IG Metall nicht gewillt ist, von ihrem harten Linkskurs abzuweichen.

Die Zeitung „Die Welt“ hatte zu dem Kongreß in Dortmund u. a. geschrieben: „Die Metallarbeiter-Gewerkschaft ist damit zum Sammelbecken der linken Sozialisten geworden. Sie ist die letzte mächtige Bastion für alle, die die blaue Farbe der SPD-Wahlplakate als Symbol für einen Verrat an der Arbeiterbewegung ansehen. Die IG Metall hält nichts von blau. Sie bleibt der Traditionsfarbe Rot treu.“

Wie gesagt, die SPD schweigt dazu. Das ist um so befremdender, als sie in anderen Fällen von der Waffe des Parteiausschlusses reichlich Gebrauch gemacht hat.

17 neue Oberbürgermeister

CDU-CSU verbesserten ihre Position — SPD verlor 13 Sitze

Seit 1959 hat die CDU/CSU 17 Oberbürgermeisterposten gewonnen, die SPD dagegen 13 verloren. Die kommunalpolitische Aktivität der Unionsparteien verzeichnet somit in wenigen Jahren überraschend gute Erfolge. Zu diesem Ergebnis kommt auch die „Deutsche Zeitung“ in einer Analyse über die Vorherrschaft in den Rathäusern der großen Städte.

Nach den Feststellungen der Zeitung ist der Einbruch der CDU/CSU in die überragende Stellung der SPD unverkennbar, wenngleich die Sozialdemokraten noch immer fast die Hälfte der Oberbürgermeistersitze in 135 Städten besetzt halten, die in die Analyse einbezogen wurden. Folgende Parteien stellen Oberbürgermeister: SPD 65 (48,1 Prozent), CDU 41 (30,3), Parteilose 18 (13,3), FDP 9, DP/BHE und Bayernpartei je einen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Parteilosen zwei Oberbürgermeisterposten seit 1959 abgeben mußten.

Die Besetzung der Oberbürgermeisterämter in den 135 Städten schlüsselt sich in den einzelnen Bundesländern wie folgt auf: Die drei Stadtstaaten Berlin, Bremen (einschließlich Bremerhaven) und Hamburg SPPD 4; 18 Städte in Baden-Württemberg CDU, FDP und SPD je 4, Parteilose 6; 33 Städte in Bayern SPD 11, CSU 9, FDP und Bayernpartei je eine, Parteilose 11; 16 Städte in Niedersachsen SPD 9, CDU 5, 9 Städte in Hessen SPD 8, CDU einer; FDP und Parteilose je eine; 38 Städte in Nordrhein-Westfalen CDU 18, SPD 17,

FDP zwei, DP/BHE einer; 13 Städte in Rheinland-Pfalz SPD 9, CDU drei; 4 Städte in Schleswig-Holstein SPD 3, CDU 1.

In der Analyse werden auch die Oberbürgermeister-Stellvertreter, diesmal allerdings von 136 Städten, erfaßt. 67 gehören der SPD an, 46 der CDU, 12 der FDP, 6 sind parteilos und 4 gehören zu anderen Gruppen (Wählergemeinschaften usw.). Die Parteizugehörigkeit der Oberbürgermeister und ihrer Stellvertreter zusammengenommen, soweit diese zu erfahren war, ergibt folgendes Bild: 132 SPD, 87 CDU, 24 Parteilose, 21 FDP und 6 Bayernpartei, DP/BHE, Wählergemeinschaften und Südschleswigsche Wählervereinigung. Die SPD verfügt also über rund 48 Prozent der Oberbürgermeister und ihrer Stellvertreter, die CDU über rund 31,9 Prozent.

Die „Deutsche Zeitung“ kommt zu dem Schluß, der zu beobachtende Rückgang bei den kleinen Gruppen und Parteilosen bestätigte die bereits bei den letzten Bundestags- und Landtagswahlen gemachte Erfahrung, daß die politische Macht sich immer mehr bei den drei im Bundestag vertretenen Parteien konzentriert.

Bereit zur Verantwortung

Kommunalpolitische Vereinigung zu aktuellen Themen

„Wer die dritte Kraft im Staat — nämlich die Gemeinden — als drittrangig ansieht, der sägt am eigenen Ast.“ Diese Worte von Ministerpräsident Meyers, in Bonn während der Bundes-Vertreter-Versammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands ausgesprochen, zeigten erneut die Bedeutung der Kommunalpolitik im Wesen des Staates.

In Vertretung des erkrankten Bundeswohnungsbauministers hatte Staatssekretär Prof. Ernst zu Fragen des Wohnungsbaues und der Raumplanung gesprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Gemeinden in Form von Bauleitplänen eine vorausschauende Planung treiben müßten. Der Bund sei zwar zur Hilfe — etwa in Form von Rahmengesetzen — bereit, könne aber die Aufgaben der Planungsbehörde für örtliche Belange naturgemäß nicht übernehmen.

In drei Arbeitskreisen hatte die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) wichtige Fragen diskutiert. An erster Stelle war die Situation um die Notwendigkeit einer Sicherstellung der finanziellen Basis der Gemeinden zu klären. Diese Fragen sind nicht nur innerhalb der KPV in der Diskussion. Ein Finanzexpertenstab, gebildet vom Bundesfinanzministerium und ein Ausschuß innerhalb der Kommunalpolitischen Vereinigung sollen Unterlagen erarbeiten, hier bald eine allen Teilen gerecht werdende Regelung zu treffen. Die Mitglieder der KPV, meist aktive Mandatsträger in den Kommunen, sind bereit, mit einer größeren Freiheit auch größere Verantwortung zu übernehmen. Bund, Länder und Gemeinden sind innerhalb der Bundesrepublik eng verbunden, das ist unbestritten. Freilich gehöre dazu, meint man in der KPV, daß sich diese enge Verflechtung auch auf finanziellem Gebiet zeigen müsse.

Ein zweiter Arbeitskreis hatte das Thema der „Familienpolitik und Altenhilfe als gemeindliche Aufgaben“ behandelt. Neben dem Dank an die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages für ihre unermüdete Arbeit auf diesem Gebiet, die weithin erfolgreich war, wurde in einer Entschließung an die Gemeinden appelliert, die Bundesmaßnahmen zum Familienlastenausgleich in geeigneter Weise zu ergänzen. Als Vorschläge wurden z. B. die Förderung von gemeinnützigen Wohnungsbauprogrammen für kinderreiche und junge Familien erwähnt sowie eine Hilfe für kinderreiche Familien beim Be-

zug von Wasser, Gas oder sonstiger Energie, bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel bzw. dem Besuch städtischer Einrichtungen. Frau Bundestagsabgeordnete Welter wies vor allem auf die Notwendigkeit hin, die Müttererholung noch mehr als bisher zu berücksichtigen, vielleicht auch zu überlegen, wie man durch die Förderung der Familienpflegerinnen der Hausfrau eine Entlastung geben könne.

Die Kommunalpolitische Vereinigung hat sich auf ihrer Bundes-Vertreter-Versammlung auch zu der Sorge um die alten Menschen geäußert. Sie tritt u. a. für die Errichtung von speziellen Wohnungen für Alte ein, für den Bau von Alten- und Pflegeheimen, für stärkere kulturelle und soziale Betreuung, will aber darüber die besondere Bedeutung der sogenannten offenen Altenhilfe nicht vergessen wissen.

Ein dritter Arbeitskreis der KPV beschäftigte sich mit den „Auswirkungen der neuen Sozialgesetze auf Gemeinden und freie Wohlfahrtsverbände“. Diese Diskussion erhält angesichts der von der Stadt Dortmund erhobenen Klage beim Bundesverfassungsgericht (siehe UfD Nr. 11/62) besondere Aktualität.

In einer Entschließung heißt es dazu:

„Der Arbeitskreis III begrüßt die in den beiden Sozialgesetzen angebahnte Entwicklung zu einer personbezogenen und sachgerechten Lebenshilfe. Dieses sozialpolitische Ziel ist nur erreichbar, wenn im Zusammenwirken aller beruflichen Kräfte der Gesellschaft die Freiheit des Einzelnen und das daraus entspringende Wahlrecht der Hilfesuchenden und Personensorgeberechtigten beachtet wird.

Die Gemeinden sind berufen, diese Zielsetzungen in enger Zusammenarbeit mit den freien Kräften der Gesellschaft bei der Gestaltung der Sozial- und Jugendhilfe zu verwirklichen. Es war allezeit das gesellschaftspolitische Leitbild der CDU/CSU, daß die öffentlichen Träger der Hilfe erst da tätig werden sollen, wo die freien Kräfte die gemeinsamen Anliegen der Gesellschaft nicht mehr zu bewältigen vermögen.

Durch die Verwirklichung dieses Leitbildes werden nicht nur die wertvollen freien Kräfte der Gesellschaft dienstbar gemacht, sondern zugleich der Finanzaufwand der aus den Steuerleistungen aller Bürger gespeisten öffentlichen Haushalte so wirksam eingesetzt, daß mit einem Mindestmaß an Mitteln ein Höchstmaß an sozialpolitischer Wirkung erzielt wird.

Da die Wohlfahrtspflege im Bereich der örtlichen Gemeinschaft die Gemeinde in der Erfüllung ihrer Aufgaben entlastet, bedeutet eine finanzielle Unterstützung, bei der die Gemeinde nur einen Beitrag leistet, keinen Eingriff in ihre Finanzhoheit, sondern eine finanzpolitische Maßnahme, die lediglich ihrer Eigenverantwortung entspricht.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

einen „Fall Dehler“ gibt es nicht erst seit heute. Schon im 1. Kabinett Adenauer waren die Wochenendreden des Bundesministers Dehler eine ständige Quelle des Ärgernisses. Das hat sich durch die Jahre fortgesetzt bis zu dem Forumgespräch im Fernsehen am 12. März 1962, in dem er töricht und unbedacht die deutsche Ostpolitik in einer Weise angriff, die zur uneingeschränkten Freude Pankows die Verhältnisse auf den Kopf stellte.

Selbst so schädliche und dumme Dinge zu sagen, ist natürlich bei uns keinem verwehrt. Der „Fall“ bekommt erst sein Gewicht, wenn der Amokläufer gegen die Wirklichkeit mit dem hohen Ehrenamt eines Vizepräsidenten unserer Volksvertretung betraut ist, und also die Gefahr besteht, daß in der Welt seine, wie es eine ausländische Zeitung nennt, „schlagwortartige Verzeichnungen“ nicht als die emotionalen Äußerungen eines Außenseiters, sondern als ernst zu nehmende Gedanken eines prominenten Politikers gewertet würden.

Kann Herr Dehler die deutsche Ostpolitik unglaubwürdig machen? Eine solche Frage wäre zu allgemein gestellt. Sie betrifft sicherlich nicht die Bundesregierung. Sie betrifft nicht die Unionsparteien, aber sehr wohl seine eigene Partei, die FDP. Man übersehe bei all dem nicht den Zeitpunkt, den Dehler sich für seine wirren Thesen über den Anteil amerikanischer Staatsmänner an der Ost-West-Spannung und über den „kalten Krieg“ im allgemeinen und im besonderen ausgesucht hat. Es war wenige Tage vor der Reise seines Parteivorsitzenden Dr. Mende in die Vereinigten Staaten, wo Mende so manche Vorbehalte und Mißverständnisse ausräumen möchte. Mißverständnisse übrigens, die genau da liegen, wo Dehler seinen verwirrenden Husarenritt in die Ostpolitik getätigt hat!

Wurde Mende hier bewußt ein Stein in den Weg gelegt? Waren die nachfolgenden maßlos gehässigen Ausfälle Dehlers gegen führende Männer der Unionsparteien ein gezielter Versuch, die Koalition zu sprengen? Was soll man zu Dehlers Darstellung sagen, er sei wieder einmal mißverstanden worden, wo doch Millionen seine Ausführungen am Fernsehschirm verfolgen konnten? So manche Nonkonformisten in unserem Land haben getreu ihren wirklichkeitsfremden Illusionen die Unabhängigkeit von Dehlers Ausführungen gelobt. Die Deutsche Friedens-Union, sattem bekannt, hat sich in Telegrammen „schützend“ vor ihm gestellt. All das wirft Fragen auf, die die FDP mit sich abzumachen hat. Fest steht nur, daß von einem ernst zu nehmenden Politiker Dehler — mindestens seit dem Forumgespräch — kaum noch zu reden ist.

Ihr Konrad Kraske

Studenten verhaftet

Nach einer Mitteilung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen sind seit dem 13. August 1961 insgesamt 73 Studenten in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin verhaftet worden, deren Namen bekannt wurden. Von den genannten Verhafteten waren Mitte März noch 42 in Untersuchungshaft, 31 bereits verurteilt, und zwar zu Strafen zwischen vier Monaten Gefängnis und zehn Jahren Zuchthaus. 27 Studenten, so erklärte Minister Lemmer weiter, stammen aus dem Bundesgebiet und Westberlin, andere Studenten kommen aus Ägypten, dem Iran, Syrien und Südamerika. Vor allem den ausländischen Studenten wurde „Beihilfe zur Republikflucht“ vorgeworfen.

DFU plant „Unterwanderung“

Eigene Kandidaten in ganz Nordrhein-Westfalen

Die DFU plant eine weitgehende Unterwanderung der SPD und des DGB, um geschulte Funktionäre der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften für ihre kommunistenfreundlichen Ziele einzuspinnen.

Das ist das Ergebnis einer DFU-Arbeits-tagung in Herne, über die die „Deutsche Zeitung“ am 14. März 1962 berichtete. Die DFU will nach dem Bericht der Zeitung für die nordrhein-westfälischen Landtags-wahlen in allen Bezirken eigene Kandi-daten aufstellen und im Wahlkampf „den Verteidigungshaushalt und die Notstands-politik gegen die Krise im Steinkohlen-bergbau ausspielen und neben dem eigentlichen Wahlkampf ihre Wählerarbeit in der Industrie, den Betrieben und Ge-werkschaften im Ruhrgebiet fortsetzen“.

„Die Andere Zeitung“, eine vom Bun-desinnenminister im Februar 1961 in einer Fragestunde des Bundestages als kommu-nistische Tarnzeitung bezeichnete DFU-Hauspostille, sprach die DFU-Ziele in ihrer Ausgabe vom 8. März 1962 noch deutlicher aus: „Gemeinsam mit allen oppositionellen Strömungen will die DFU gegen alle Notstandsmaßnahmen und gegen die fortschreitende Militarisierung des Landes auftreten. Zu ihren Hauptfor-derungen gehört die Beseitigung aller Raketenbasen und Militärstützpunkte in Nordrhein-Westfalen“.

Welchen Personenkreises sich die pro-kommunistische DFU bei ihrer Arbeit in der Bundesrepublik bedienen will, geht

ebenfalls aus dem Bericht der „Deutschen Zeitung“ hervor, die ein DFU-Rundschrei-ben zitiert: „Das zu erstellende Material soll sich auf den gesamten Bereich des Bezirksverbandes beziehen; alle Gewerk-schaftsmitglieder und Gewerkschaftsfunk-

tionäre, die der DFU und ihren Zielen nahestehen; alle Mitglieder und Funk-tionäre der SPD, die ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden..., alle Mitglie-der und Funktionäre der SPD, die aus den verschiedensten Gründen noch in der SPD sind, aber in der DFU eine echte Opposition und politische Alternative er-blicken; alle politische aufgeschlossenen Arbeitervertreter“.

Die DFU will ihre Arbeit ungeachtet der Tatsache fortsetzen, daß ihr die Wäh-ler bei den Kommunalwahlen in Schles-wig-Holstein zum drittenmal eine deut-liche Abfuhr erteilten. Sie erhielt nur 0,6 Prozent der Stimmen.

Bremens SPD diskutiert

Selbst Wehner war für die Genossen nicht überzeugend

Die parteiinternen Auseinandersetzungen in der SPD über die von Wehner befohlene taktische Kursänderung, halten unvermindert an.

Bei dem Landesparteitag der SPD in Bremen mußte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wehner manche Feder las-sen, als er den Genossen die Richtigkeit der künftigen SPD-Politik zu erklären versuchte. In der Aussprache über das Referat Wehners kam es teilweise zu heftigen Äußerungen der Enttäuschung und der Unzufriedenheit über die ver-schwommenen politischen Vorstellungen der SPD-Spitze.

„Deutschland braucht die SPD“ hatte Wehner als Motto über seine Rede ge-

stellt. Das Warum darzulegen, gelang ihm aber in dem zweistündigen Referat nicht. Denn was Wehner den Genossen als künftige SPD-Politik pries, wird von der CDU schon seit 1949 praktiziert. „Die Sicherheit Berlins ist die Sicherheit der Bundesrepublik, wir können uns mit der Preisgabe des Schutzes für Berlin die Sicherheit nicht erkaufen“, rief Wehner empathisch aus. Die Unterstützung West-berlins sei heute in der Praxis die einzig mögliche Politik zur Wiedervereinigung. Alle in den vergangenen Jahren von der Sowjetunion gemachten Vorschläge zur Deutschlandfrage hätten nicht darüber hinwegtäuschen können, daß bei jeder der von den Sowjets angebotenen Lösun-gen eine Sonderregelung für Westberlin enthalten sei. Würden sich die West-mächte zu Abstrichen der Sicherheit zwingen lassen, bedeute dies eine „heil-lose Erschütterung des westlichen Ver-teidigungssystems“. Die Antwort der Bun-desregierung auf das Sowjetmemorandum nannte Wehner eine „gute Arbeit“, er be-sann sich sofort darauf, daß er auf einem SPD-Parteitag die Bundesregierung nicht loben darf und fügte deshalb schnell hinzu, die Antwort sei aber „von Zeichen der Unsicherheit begleitet gewesen“.

Es war deshalb nicht verwunderlich, daß zu dieser Rede die Kritik aus den eigenen Reihen kam. Zumal vor Wehner der neugewählte Bremer Landesvorsit-zende Thape Töne angeschlagen hatte, die die Zustimmung der Delegierten fan-den. Thape hatte das gefordert, was Wehner zu beantworten vergaß. „Die Staatsverantwortung unserer Partei darf nicht zur Verwischung der Gegensätze zwischen SPD und Bundesregierung füh-ren.“ Mit Verwischung war zweifellos die wahltaktische Annäherung der SPD an die CDU-Politik zu verstehen, die von den Bremer Sozialdemokraten wie in alten Zeiten abgelehnt wird. Sie forderten da-her in einem Antrag den Parteivorstand in Bonn auf, klarer als bisher die Alter-native der SPD zur Ost-West-Politik und zur Deutschlandpolitik der Bundesregie-rung herauszustellen und machten damit die Mühen Wehners, in der Politik der SPD und der Bundesregierung keine Unterschiede erkennen zu lassen, völlig zunichte.

Mit verteilten Rollen

SPD setzt in Niedersachsen staatliches Schulwesen durch

Das ländliche Schulwesen Niedersachsens wird mit Wirkung vom 1. April verstaatlicht und zentralisiert. Das bisherige schulpolitische Selbstverwaltungs-recht der Gemeindeparlamente wird bis zur Bedeutungslosigkeit verstümmelt.

Am 8. März verabschiedete der nieder-sächsische Landtag eine Novelle zum Schulverwaltungsgesetz, die am 1. April in Kraft tritt. Das Gesetz, das die Abgeordneten der SPD, FDP und des BHE gegen die Stimmen der CDU und DP durchbrachten, beseitigt fast alle bishe-rigen schulpolitischen Befugnisse der nie-dersächsischen Gemeindeparlamente.

In welchen Gemeinden nun in Zukunft Schulen errichtet oder geschlossen, erwei-tert oder eingeschränkt werden, wird von den politisch weisungsgebundenen Schul-aufsichtsbehörden bestimmt. Den Kommu-nen ist das nichtssagende Recht verblie-ben, den staatlichen Behörden unverbind-lich die Meinung vorzutragen zu dürfen. Ferner gibt die Novelle dem Staat die Berechtigung, Dorfschulen zu schließen, wenn die Schülerzahl in den Grundschul-klassen unter 18 sinkt. Die Kinder müs-sen dann in eine Schule gehen, die ihnen vom Staat vorgeschrieben wird. Die der Landesregierung unterstellten Regie-rungspräsidenten können auch mehrere Gemeinden zwangsweise zu einer gemein-samen Schulträgerschaft zusammenschließen und den Standort der Schule festlegen. Einer Gemeinde kann auf dem Verordnungswege befohlen werden, die

Trägerschaft für die Schule mehrerer Orte zu übernehmen.

Auch in personalpolitischer Hinsicht hat der Staat weitgehend die Gemeinden entmachtet. Bei der Besetzung von Plan-stellen hat in jedem Konfliktfall die staatliche Schulaufsichtsbehörde das letzte Wort. Bisher wurden in Niedersachsen die Lehrer von kommunalen Schulträ-gern gewählt. Wenn kein Einvernehmen erzielt wurde, dann überreichte der Staat den Gemeinden eine Vorschlagsliste, aus der die Gemeinden ihre Lehrer wählten.

Mit der Novelle zum Schulverwaltungsgesetz hat sich die SPD nun auch in Nie-dersachsen, ähnlich wie in Hessen, die rechtliche Handhabe geschaffen, eine zentralistische Schulpolitik zu verfolgen, gegen die sich die kleinen Gemeinden bisher noch recht erfolgreich verteidigen konnten.

Während sozialdemokratisch regierte Städte wie Dortmund ihre Verfassungs-beschwerde gegen das Bundessozialhilfe-gesetz damit begründen, daß dadurch ange-blich die kommunale Selbstverwaltung untergraben werde, wird in Niedersachsen von der gleichen Partei das Selbstver-waltungsrecht mehr als mißachtet.

Skandal in Hessen

Zonenfunktionär Seigewasser als Hetzredner vor der VVN

In Frankfurt/Main konnte sich am letzten Sonntag der Sowjetzonenstaatssekretär Seigewasser als Hetzredner gegen die Bundesrepublik betätigen, ohne daß die hessischen Behörden dagegen eingeschritten sind.

In Frankfurt feierte die von Innenminister Schneider als kommunistische Tarnorganisation bezeichnete „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) ihr 15jähriges Bestehen. Auf der Veranstaltung zu diesem Anlaß sprach auch der Beauftragte der SED für Kirchenfragen, der Sowjetzonenstaatssekretär Seigewasser. Wie nicht anders zu erwarten, benutzte der Altkommunist diese für ihn günstige Gelegenheit, eine SED-Propagandarede zu halten, in der er sich in wüsten Beschimpfungen gegen die Bundesrepublik erging. Der Zonenfunktionär beschuldigte in seiner zwanzigminütigen Hetztirade die Bundesregierung, den Frieden und die Sicherheit Deutschlands und Europas zu bedrohen. Die „Verständigungspolitik der SED“ müsse auch auf westdeutschem Boden zum Durchbruch geführt werden. Die Bundesrepublik müsse sich mit dem Vorhandensein der „Deutschen Demokratischen Republik“ abfinden.

Selbstverständlich fehlte bei den Lobpreisungen der sozialistischen Errungenschaften in der Zone auch nicht der Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie, die als „ewige Friedensgrenze“ bezeichnet wurde. Und wie ein dauerhafter Friede erreicht werden könne, belehrte Seigewasser seine westdeutschen Gesinnungsgenossen, habe Chruschtschow mit seinen zahlreichen Beispielen menschlicher Vernunft gezeigt.

Altkommunist Seigewasser gehört schon seit 1921 der Partei an. Als Staatssekretär für Kirchenfragen trat er bei den kirchenfeindlichen Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Regimes als Scharfmacher hervor. Es ist mehr als ein politischer Skandal, daß Seigewasser, der zu den Verantwortlichen gehört, die der geteilten evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg die Abhaltung einer gemeinsamen Synode verweigerten, fast gleichzeitig in der Bundesrepublik ungehindert für den Unrechtsstaat der SED Propaganda betreiben kann.

An der VVN-Veranstaltung nahmen auch zwei Vertreter der Sowjetbotschaft in Bonn teil. Delegationen aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei war von den Bundesbehörden die Einreise verweigert worden. Angesichts Seigewassers Rolle bei der Unterdrückung der evangelischen Kirche war es bemerkenswert, daß der hessische Kirchenpräsident Niemöller im Verlauf der Jubiläumsveranstaltung der VVN nicht darauf verzichtete, das Wort zu ergreifen.

In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Associated Press lobte Seigewasser den Bundestagsvizepräsidenten Dr. Dehler wegen seiner Kritik der deutschen Ostpolitik. Er nannte die Gedankengänge Dehlers „vernünftig“.

Mit Seigewasser, der an der Spitze einer vierköpfigen Delegation aus der Zone erschienen war, hielt zum zweiten Male in Hessen ein hoher Zonenfunktionär eine Rede. Im Januar vergangenen Jahres hatte das Auftreten des Präsidien-

ten der sogenannten Volkskammer, Dieckmann, in Marburg die Öffentlichkeit erregt. Dieckmann hatte auf Einladung des Liberalen Studentebundes in einer Rede die Politik Ulbrichts verteidigt. Der Liberale Studentebund fühlte sich zu dieser Einladung durch den hessischen Kultusminister Prof. Schütte (SPD) ermutigt, der auf eine Anfrage versäumt hatte zu erklären, daß das Auftreten des hohen Zonenfunktionärs in Hessen als unerwünscht betrachtet werde.

Gegen die VVN hat die Bundesrepublik bereits vor zwei Jahren beim Bundesverwaltungsgericht einen Verbotsantrag gestellt, über den in nächster Zeit verhandelt wird. In Hamburg und in Rheinland-Pfalz ist die VVN schon seit einigen Jahren verboten.

Obwohl weder die Jubiläumsveranstaltung der VVN noch deren eindeutige prokommunistische Einstellung in Hessen unbekannt war, hatten die zuständigen Behörden nichts unternommen, um diesen Skandal zu verhindern. Der hessische Innenminister Schneider (SPD) erklärte zu den Vorgängen, die Landesregierung habe von nichts gewußt, zumal es sich um eine geschlossene Veranstaltung gehandelt habe. Überdies sei die VVN eine zugelassene Vereinigung, so daß die Landesregierung nicht gegen die Veranstaltung habe einschreiten können. Die hessische Landesregierung betrachte die VVN zwar als eine kommunistische Tarnorganisation, doch habe sie bisher noch keine Möglichkeit eines Verbots gesehen. Daß die VVN-Veranstaltung auch den für den Staatsschutz Verantwortlichen bekannt war, geht aus einem Dementi des hessischen Generalstaatsanwalts Bauer hervor. Bauer teilte mit, er habe der VVN kein Grußtelegramm geschickt, wie dies Zeitungen berichteten. Wahr sei viel-

mehr, daß er eine Einladung erhalten und schriftlich sein Fernbleiben entschuldigt habe. Der Frankfurter Oberbürgermeister Bockelmann (SPD) hatte in einem Schreiben der VVN-Veranstaltung einen „guten Verlauf“ gewünscht.

Den Erklärungen des hessischen Innenministers ist zu entnehmen, daß die für den Staatsschutz verantwortlichen Organe in diesem Land offenbar versagt haben. Dies kann nicht hingenommen werden; ohne darauf hinzuweisen, daß hessische Stellen bei der Beobachtung rechtsradikaler Umtriebe stets vorzügliche Arbeit geleistet haben. Warum es in Hessen nicht möglich ist, auch die linksradikalen Organisationen mit der gleichen Sorgfalt zu beobachten, ist eine Frage, die schon gelegentlich gestellt, aber noch nicht beantwortet wurde.

So hatte vor dem Pfingstfest 1960 der hessische Generalstaatsanwalt Bauer die Öffentlichkeit mit der alarmierenden Nachricht schockiert, die neofaschistischen Organisationen planten in Wiesbaden an einem geheimen Versammlungsort einen europäischen Kongreß abzuhalten. Für den Ostblock war dies wieder einmal eine Gelegenheit, eine Hetzkampagne gegen die „faschistische“ Bundesrepublik zu starten. Als sich dann jedoch herausstellte, daß der Aufwand, mit dem der hessische Polizeiapparat in Bewegung gesetzt wurde, in keinem Verhältnis zu einer geplanten kleinen Versammlung weniger unverbesserlicher Nazis stand, erklärte die „Kasseler Post“: „Nichts gegen harten Zugriff, wo er nötig ist. Desungeachtet fühlt man sich zu einigen Fragen gedrängt. Zum Beispiel: ... Warum, wenn man sich jetzt nach ‚rechts‘ zum Eingriff entschloss, nichts ähnliches nach ‚links‘ denn geschieht, wo eine unvergleichbar stärkere Tätigkeit entfaltet wird und eine Organisation wie die VVN noch immer ihr hessisches Dasein führt.“

Bis zum heutigen Tag muß wohl die hessische Regierung die VVN gänzlich unbeobachtet gelassen haben, so daß ihr sogar das Auftreten eines hohen Zonenfunktionärs völlig entgangen ist. Selbst der SPD-Vorstand konnte nicht umhin, die nachlässige Beobachtung der VVN durch den Landesminister zu tadeln.

Wahrheit und Taktik

SED will „Jugendweihe“ aktivieren

150 000 Kinder will die SED der sowjetischen Besatzungszone in diesem Jahr zur „Jugendweihe“ führen. Berichte aus den Gemeinden in der Zone lassen jedoch erkennen, daß die Bevölkerung diesem geplanten Einbruch des Atheismus widerstehen will.

Im Sender Cottbus demaskierte vor kurzem der SED-Funktionär Karlow, Direktor des „Pädagogischen Kreiskabinetts“, die Ziele seiner Staatspartei. Gleichzeitig ließen seine Ausführungen aber erkennen, daß in der Zone unter den Eltern auch der Widerstand gegen die „Jugendweihe“ wächst. Es bestehe „noch nicht überall Klarheit über Sinn und Aufgaben der Jugendweihe, was sich in einer unbefriedigenden Teilnahmemeldung... ausdrückt“.

Dieser Widerstand soll gebrochen werden: „Große Gespräche“ über den Sinn der atheistischen Verpflichtung, die die SED mit den Eltern zu führen gedenkt, werden den Druck verstärken, unter dem

die Bevölkerung schon sowieso steht. Mit Vätern und Müttern, die „immer wieder mit ihrer Meinung nicht zurückhalten, daß nach ihrer Ansicht die Befolgung der Zehn Gebote vollauf genüge, um die Kinder zu guten Bürgern zu erziehen“, soll kurzer Prozeß gemacht werden.

Offenbar machen sich über die Abneigung von Eltern und Kindern z. B. die Einkäufer der HO- und Konsumgeschäfte keine Illusionen: im Stadtbezirk Berlin-Treptow etwa sind angeblich 450 Mädchen zur „Jugendweihe“ angemeldet; nur 92 entsprechende Kleider sind aber eingekauft worden. In Berlin-Lichtenberg sind nach Angaben der SED 550 Anmeldungen vorhanden, aber nur 170 Kleider.

Pressestimmen zum „Fall Dehler“

Wie soll sich die FDP gegenüber ihrem „Sorgenkind“ verhalten?

Die Äußerungen des FDP-Bundestagsabgeordneten und Bundestagsvizepräsidenten Thomas Dehler im Fernsehen über den heißen und kalten „30jährigen Krieg“ gegen die Sowjetunion, hat in der in- und ausländischen Presse scharfe Kommentare ausgelöst. In den meisten wird die Auffassung vertreten, daß es vor allem Sache der FDP ist, den „Fall Dehler“ zu bereinigen.

„Für den Parteivorstand der Freien Demokraten stellt sich die Frage, wie er sich in Zukunft gegenüber dem Sorgenkind Dehler verhalten muß. Ihn an das Parteiinteresse zu erinnern, ist ziemlich aussichtslos. Auf der anderen Seite ist es auch der CDU nicht zuzumuten, daß sie alle Eigenwilligkeiten Dehlers hinnimmt.“

„Neue Zürcher Zeitung“, 17. 3. 1962

„Viel wichtiger ist die Frage, welchen Rang heute Dehler noch bei der FDP einnimmt. Er ist der Leiter ihres Außenpolitischen Kreises. Er verfügt über Anhängerschaft in der Fraktion. Inwieweit werden Dehlers abstruse Ideen von der FDP geteilt? Diese Frage muß die CDU an die FDP als ihren Koalitionspartner stellen und auf eine klare Antwort drängen.“

„Ruhr-Nachrichten“, 14. 3. 1962

„Seiner Partei und seinen parlamentarischen Kollegen in der Regierung hat er jedenfalls den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Auf jeden Fall bleibt zu bedauern, daß die Hoffnungen, die die liberale Politik in Deutschland einmal auf Dehler setzte, inzwischen in nichts zerronnen sind. Jeder Politiker von Rang muß abwägen, was er sagt und wie er es sagt. Das Wie ist oft noch wichtiger als das Was, denn in der Politik kommt es immer auf die Wirkung des Gesagten an, und die ist durch nachträgliche Interpretationen in der Regel kaum noch zu ändern.“

„Frankfurter Neue Presse“, 15. 3. 1962

„Tatsächlich ist es in erster Linie Sache der FDP, sich mit dem Fall Dehler weiter zu befassen, wobei freilich kaum zu erwarten ist, daß die Partei, zu deren prominenten Vertretern er immer noch gehört, etwas gegen ihn unternimmt. Die FDP kennt ihren Thomas Dehler. Und wenn sie kundtut, er habe auf dem Bildschirm nur für sich selbst gesprochen, so weiß sie doch, daß dies nicht stimmt. Dehler erscheint zwar manchmal als ein außenpolitischer Linksaußen bzw. als ein wenig repräsentativer Einzelgänger. In Wirklichkeit spricht er aber oft nur das offene aus, was in der FDP noch im verborgenen blüht.“

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, 14. 3. 1962

„Dehler gilt bei den Koalitionspartnern der FDP als schwarzes Schaf. Er gehörte zu denen, die von einer Koalition mit der CDU nichts wissen wollten. Und der Verdacht liegt natürlich nahe, daß ihn bei seinen unglückseligen Äußerungen vor der Fernsehkamera weniger die Sorge um die Nation als das Ressentiment gegen das Bundeskanzleramt und seine Politik geleitet haben.“

„Kieler Nachrichten“, 15. 3. 1962

„Ein Politiker, der es einfach ablehnt, den ideologischen Kampf der Sowjetunion auf deutschem Boden zur Kenntnis zu nehmen, kann nicht Sprecher einer Koalitionspartei sein. Die Frage, wie sich die FDP zu diesem ihrem außenpolitischen Experten und als Vizepräsident des Bundestages stark hervorgehobenen Politiker stellt, ist nach diesen Äußerungen erneut aufgerissen und muß nun beantwortet werden.“

„Christ und Welt“, 16. 3. 1962

„Dehler ist in seiner Partei zudem nicht irgendein Hinterbänkler, er steht in der Spitzengruppe und ist Bundestagsvizepräsident. Er hat wie jeder andere Volksvertreter die Pflicht und Schuldigkeit, bei seinem Tun und Lassen die Umstände scharf im Auge zu behalten, mit denen wir es nun einmal zu tun haben. Das ist im Augenblick zum Beispiel die Genfer Konferenz, auf der von unseren Verbündeten auch über lebenswichtige deutsche Fragen mit den Sowjets gesprochen werden wird. Dehler hat es für richtig befunden, zu diesem Zeitpunkt nicht nur die Ostpolitik der Bundesregierung, sondern die des gesamten Westens in einer Weise abzuurteilen, daß sich Chruschtschow und Gromyko nur verneigt die Hände reiben können.“

„Gießener Anzeiger“, 15. 3. 1962

„Thomas Dehler glaubt an eine österreichische Lösung und sieht nicht die Berliner Mauer, nicht die sieben Jahre zwischen Wien 1955 und Bonn 1962. Er übersieht den Machtbereich Ulbrichts, der trotz allem ein Trumpf in der Faust des Kremles ist. Aber er spricht von antibolschewistischer Propaganda ‚wie zu Hitlers Zeiten‘. Diese massive Anschuldigung, die den freien Kampf gegen den Kommunismus gleichsetzt mit dem Gasenjargon Hitlers-Goebbelscher Haßtiraden, ist nicht ein maßloser und unverzeihlicher Übergriff. Er trifft Dehler selbst. Es gibt keine Empörung des Auslandes, die größer sein könnte als die Scham des deutschen Volkes diesseits und jenseits des Stacheldrahtes, dem Dr. Thomas Dehler schmachvoll in den Rücken fiel.“

„Aachener Volkszeitung“, 15. 3. 1962

„Will man Thomas Dehler glauben, dann denkt die ganze FDP-Führung wie er. Das hat er auf dem Fernsehschirm ausdrücklich versichert. ‚Davor mögen wir behütet sein‘ warf einer der Teilnehmer des Gespräches ein. Sind wir aber davor behütet? Können die Freien Demokraten, Koalitionspartner der vierten Regierung Adenauer, diese Behauptung auf sich beruhen lassen? Schließlich ist Thomas Dehler nicht irgendwer. Die außenpolitischen Beschlüsse seiner Partei kommen kaum ohne ihn, keinesfalls gegen ihn zustande.“

Zwischen Pankow und Moskau dürften sie ihre helle Freude an einem so hervorragenden Kronzeugen der eigenen wahrheitswidrigen Argumente haben.“

„Der Tag“, 14. 3. 1962

Diskussion in der Schweiz

Alle Parteien gegen Atomverbotsinitiative

In der Schweiz soll am 1. April 1962 eine Volksabstimmung über den Verbot von Atomwaffen durchgeführt werden. Nach einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 13. März 1962 lehnen alle demokratischen Parteien der Schweiz die Atomverbotsinitiative ab.

Als erste große Landespartei hat die „Freisinnig-demokratische Partei“ am 10. März 1962 auf einer Delegierten-Versammlung sich einstimmig gegen die Volksbefragung ausgesprochen, über deren Entstehen die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet: „Die Atomverbotsinitiative ist vor drei Jahren von Leuten lanciert worden, die in erster Linie politische Absichten verfolgten. Einmal wollten sie den von ihnen behaupteten ‚Übermut‘ der schweizerischen Militärs in die Schranken weisen und sodann der im nationalen Burgfrieden darniederliegenden Sozialdemokratie auf die Beine eines erfolversprechenden Radikalismus verhelfen. Die Pazifisten, beheimatet auf der politischen Linken und in einigen kirchlichen Kreisen, witterten ihrerseits Morgenluft — endlich bot sich wieder ein Gegenstand, an dem der ganze Widerwille gegen den ‚Militarismus‘ konzentriert entwickelt und in einer aussichts-

reichen Öffentlichkeitsaktion mobilisiert werden konnte.“

Die Gründe für die Ablehnung der Volksbefragung über das Atomwaffenverbot, die darauf zielt, die Ausrüstung der Schweizerischen Armee mit Atomwaffen zu verhindern, werden wie folgt dargelegt: „Der militärische Einwand, die eigene Atomwaffe ‚ziehe die feindliche Atomwaffe auf sich‘, wirft zahlreiche und komplexe Probleme auf. Er beruht auf der — leider — durch die Geschichte widerlegten optimistischen Hypothese, ein Angreifer nehme auf das begrenzte Arsenal eines Kleinstaates Rücksicht und passe seine Kriegsführung unseren Möglichkeiten an. Der entscheidende militärische Vorteil eigener Atomwaffen besteht darin, daß sie die Handlungsfreiheit des Angreifers einschränken, auch wenn die Waffe von keiner Seite verwendet wird. Sie ist also primär Bestandteil der ‚Abschreckung‘.“

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

4700 Wünsche - 19 mal ja

Über 4700 Umsiedlungsanträge nach Westberlin sind seit dem 13. August beim Deutschen Roten Kreuz auf Zusammenführung von Bewohnern aus Ostberlin oder der Sowjetzone mit Angehörigen in Westberlin gestellt worden. Bisher ist erst 19 Personen der Wunsch erfüllt worden. 170 Personen aus Mitteldeutschland erhielten auf Grund von Anträgen über das Deutsche Rote Kreuz Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik.

Schwierige Rückwanderung

Erfahrungen mit den Sowjets im Memelland

Wie sich die Durchführung des zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion durch das Eingreifen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer getroffenen Abkommens vom 8. April 1958 im einzelnen gestaltet, das zeigt der Bericht eines in die Bundesrepublik zurückgekehrten Aussiedlers aus dem Memelland.

Nach dem Abkommen ist zunächst die Staatsbürgerschaft von 1941 entscheidend; sie muß nachgewiesen werden. Zunächst waren die Sowjetbehörden keineswegs kleinlich. Wer seinen Wohnsitz für die Jahre 1939—1943 im Memelland belegen konnte, wurde anerkannt, und die Sowjets selbst gaben aus ihren Archiven Bescheinigungen. Diese Erlaubniserteilung wurde jedoch gestoppt, nachdem der Wunsch nach Ausreise zu häufig geäußert wurde. Da die meisten Memelländer sowjetische Pässe besitzen, in denen sie als Sowjetbürger litauischer Nationalität eingetragen waren, stellten die Sowjetbehörden sich auf den Standpunkt, daß diese Eintragung maßgebend sei. Die meisten Anträge wurden abgewiesen und „einwandfreie“ Unterlagen verlangt, wie Kennkarten, Arbeitsbücher, Geburts- und Heiratsurkunden möglichst mit Hakenkreuzstempeln. Die Sowjets selbst hatten

diese Dokumente jedoch in den letzten Kriegsmonaten eingezogen. So wurden im Sommer 1959 nur ganz wenige Genehmigungen erteilt.

Memelländer wandten sich an die deutsche Botschaft in Moskau. Darauf wurden vom März bis Mai 1960 auch Ausreisegenehmigungen erteilt, bei denen keine „guten“ Dokumente vorlagen. Im Mai 1960 erfolgte wieder ein völliger Ausreisestopp, da die Kolchos-Leitungen sich über die Abwanderung von Arbeitskräften beschwert hatten. Wer ausreisen wollte, mußte einen Antrag als Sowjetbürger stellen, und zwar unter Beifügung von Anforderungen nächster Angehöriger in der Bundesrepublik. Die Botschaft stand diesem Verfahren unter Hinweis auf das noch nicht erfüllte deutsch-sowjetische Abkommen grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ihren Bemühungen im Jahre 1961 gelang es, wieder eine großzügigere Behandlung dieser Fragen zu erreichen. Gegenwärtig ist praktisch die Erteilung von Ausreisegenehmigungen weitgehend vom Wohlwollen der sowjetischen Behörden abhängig.

Zahl nimmt zu

Im Februar dieses Jahres hat die Rücksiedlung aus der Sowjetunion unerwartet zugenommen. Mit 140 Rücksiedlungen wurde der bei 33 Rückführungen liegende Monatsdurchschnitt des vergangenen Jahres weit übertroffen. Mit den Rückführungszahlen im Januar und Februar sind fast ebenso viele Deutsche in die Bundesrepublik zurückgekehrt, wie in sechs Monaten des vergangenen Jahres. Die Zahl der zu einer Rücksiedlung Berechtigten beträgt aber noch weit über 10 000.

Theoretisch besteht noch die Möglichkeit, sich nach der Verfassung der Sowjetunion der Sowjetbürgerschaft zu entäußern. Aber das ist ein langwieriges und keineswegs sicheres Verfahren, zumal je Person eine Gebühr von 50 Rubeln verlangt wird, die verfällt, auch wenn das Gesuch abschlägig entschieden wird.

Von memelländischer Seite wird darauf hingewiesen, daß es wichtig ist, wenn die nächsten Angehörigen in der Bundesrepublik selbst initiativ vorgehen, um die Rückkehr ihrer Verwandten zu erreichen.

Ostgrenzen von 1937 gelten

Der Standpunkt des Vatikans bleibt unverändert

Für den Vatikan sind nach wie vor die deutschen Ostgrenzen von 1937 verbindlich (siehe UiD Nr. 11/62). Dies haben in verschiedenen Schreiben der deutsche Kurienkardinal Bea, Kardinal Frings und der deutsche Vatikanbotschafter van Scherpenberg bestätigt.

Der Präsident des Katholischen Flüchtlingsrates in Deutschland, Staatssekretär Dr. Nahm, hatte sich an die beiden deutschen Kardinäle und an Botschafter van Scherpenberg gewandt, um von ihnen nochmals eine Stellungnahme des Vatikans zur Frage der deutschen Ostgrenzen zu erhalten. Dr. Nahm war zu der Anfrage durch Zeitungsmeldungen veranlaßt worden, die von einer angeblichen Diözesen-Neueinteilung zu berichten wußten. Die Antworten, die Staatssekretär Dr. Nahm erhielt, sind ein Beweis dafür, daß sich an der Haltung des Vatikans

nichts geändert hat und die geäußerten Befürchtungen nicht zutreffen.

Kardinal Bea schrieb u. a.: „Wer die tiefe innere Not der Millionen von Flüchtlingen auch nur einigermaßen kennt, wird ihre Besorgnisse ohne weiteres teilen. So habe ich die mir von Ihnen mitgeteilten Nachrichten mit Sorgfalt geprüft und prüfen lassen. Dabei hat es sich aus absolut zuverlässigen Quellen ergeben — wie Sie sicher auch selbst inzwischen erfahren konnten —, daß die Nachricht ohne jede Grundlage war. So besteht kein weiterer Grund mehr, in der Sache, die an sich nicht in meinen Amtsbereich gehört, irgendeinen Schritt zu tun. Trotzdem bin ich für Ihre Darlegungen dankbar. Ich zweifle aber nicht, daß die zuständigen Stellen, wie bis jetzt, so auch weiterhin, die Not der Millionen von Flüchtlingen und ihre geistlichen Interessen durchaus sich vor Augen halten werden.“

Das Schreiben von Kardinal Frings lautete: „Von einer Romreise zurückgekehrt, darf ich Ihnen in Beantwortung Ihres Briefes vom 20. Februar sagen, daß nach Mitteilung bestunterrichteter Kreise in Rom die der ‚Welt‘ vom 19. Februar 1962 entnommene Zeitungsnachricht aus der Luft gegriffen ist. Der Vatikan wird an seiner bisherigen Haltung festhalten, daß nämlich vor einem Friedensvertrag keine Änderungen in der Diözesenaufteilung stattfinden werden.“

Botschafter van Scherpenberg stellte in seinem Schreiben fest: „Ich habe Ihr Schreiben zum Anlaß genommen, um die Haltung des Vatikans in der Frage unserer Ostgrenze nachzuprüfen. Das Ergebnis war von unserem Standpunkt aus durchaus erfreulich. Man versicherte mir an maßgeblicher Seite im Staatssekretariat, daß die Meldung der ‚Welt‘ (die übrigens, wie ich festgestellt habe, nicht von hiesigen Korrespondenten des Blattes herrührt) in jeder Hinsicht unbegründet sei. Der Vatikan halte unverändert an seine Auffassung fest, daß eine Anerkennung der Grenzregelung im Osten nicht in Frage komme, solange sie nicht in einem allgemein anerkannten, völkerrechtlich verbindlichen Friedensvertrag festgelegt sei. Ich glaube, mehr können wir im Augenblick nicht erwarten, und ich möchte annehmen, daß dies auch für die Mitglieder der Flüchtlingsverbände eine gewisse Beruhigung sein wird.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank-Bankverein, Bonn Nr. 12 493. — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Unaufhaltsamer GDP-Zerfall

Übertritte zur CDU - Bemühungen um eine neue DP

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, bei denen die GDP lediglich 4,8 Prozent der Stimmen erhielt und zwei Drittel ihrer bisherigen Mandate verlor, beschleunigt den Zerfall dieser Partei.

Während sich einerseits die Übertritte von GDP-Funktionären und Mitgliedern zur CDU häufen, verhandeln andererseits GDP-Gruppen mit der FDP (wie in Bayern). In Niedersachsen wird versucht, die Deutsche Partei auflösen zu lassen. Diesen Bemühungen des Celler Rechtsanwalts Dr. Blancke, des Hausanwalts der Welfenfamilie, werden jedoch kaum Chancen eingeräumt, zumal auch die niedersächsischen Wirtschaftskreise, die bisher die DP in ihrer Arbeit unterstützten, einer Partei-Wiedergründung skeptisch gegenüberstehen. Uid hatte in Nr. 3/62 über den Zerfall der GDP berichtet. Wie sieht es jetzt in den einzelnen Bundesländern aus?

● Nach dem Übertritt von 16 der insgesamt 18 DP-Abgeordneten zur CDU stellt die CDU im niedersächsischen Landtag jetzt mit 69 Abgeordneten die stärkste Fraktion; die SPD verfügt nur über 66 Mandate. Die zur CDU gekommenen DP-Abgeordneten erklärten, sie hätten sich darüber Gewißheit verschafft, daß sie ihren „konservativen, heimatgebundenen politischen Auftrag nur noch in einem größeren politischen Rahmen“ verwirklichen könnten. Der GDP-Kreisvorsitzende von Bremervörde, Wilhelm Brockmann-Offensen, hat sich ebenfalls von der GDP abgewandt und sich der CDU angeschlossen. Seinem Beispiel folgten auch die fünf aus der DP kommenden GDP-Abgeordneten im Kreistag Braunschweig-Land.

● In Bremen verließ der frühere DP-Bundesvorsitzende Herbert Schneider, der inzwischen auch vom GDP-Bundesvorsitzenden Hermann Ahrens seiner Parteiämter enthoben worden war, am 11. März 1962 die GDP. Seinem Schritt folgten zehn der dreizehn GDP-Abgeordneten in der bremischen Bürgerschaft und fünf GDP-Mitglieder der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Beide Gruppen bleiben zusammen und bezeichnen sich als „Fraktion der ehemaligen Deutschen Partei“.

● Unmittelbar nach den Kommunalwahlen trat der hauptamtliche Gesundheitssenator von Lübeck, Plust, einst BHE-Mitgründer in der Hansestadt, mit der Begründung aus der GDP aus, der Wähler habe zweimal gegen die GDP entschieden, es sei wenig sinnvoll, die politische Arbeit auf dieser Ebene fortzusetzen. In den Landtagsausschüssen hat die GDP kein Stimmrecht mehr, da die Fraktionsstärke nach dem Übertritt des Abgeordneten Georg Urban zur CDU unter fünf gesunken ist.

● In Bayern schloß sich der GDP-Landtagsabgeordnete Kluge der SPD an. Namhafte GDP-Funktionäre verhandeln mit der CSU, andere mit der FDP, um GDP-Kandidaturen auf den Bezirkslisten dieser Parteien zu sichern. Nur auf diesem Wege hoffen sie, die Zehn-Prozent-Sperrklausel in einem der sieben Regierungsbezirke Bayerns zu überspringen.

● In Baden-Württemberg hat sich der frühere DP-Landesvorsitzende und bisherige zweite GDP-Landesvorsitzende Erwin Martin (Stuttgart) von seiner Partei losgesagt. Die beiden Kreisverbände Konstanz-Stadt und Land sowie Überlingen haben sich auf einstimmigem Beschluß ihrer Mitglieder aufgelöst.

● Auch in Hessen bröckelt die GDP auseinander. Vor allem in Kassel und Gießen gibt es Gruppen, die sich der CDU anschließen wollen. Der frühere GDP-Bundesvorsitzende und jetzige Vorsitzende der GDP-Landtagsfraktion, Frank Seiboth, erhielt die Quittung für seine enge Anlehnung an die SPD. Darüber berichtete die „Kasseler Post“ am 13. März 1962: „Als vor Jahr und Tag Dr. Günther Wetzler (SPD) seinen Präsidentenstuhl im Kasseler Polizeipräsidium verließ, um das Amt des Vizepräsidenten im Regierungspräsidium Darmstadt zu übernehmen, tat er das in der Überzeugung, Nachfolger des altbewährten Regierungspräsidenten Wilhelm Arnoul (SPD) zu werden. Dann begab Wilhelm

Arnoul sich in den verdienten Ruhestand, und über Monate hinweg währte das Tauziehen um seinen Nachfolger, denn Wetzler war plötzlich nicht mehr der erklärte Favorit. Es gab Kreise um den hessischen Ministerpräsidenten Zinn, die den Büdinger Landrat Moosdorf (SPD) als Nachfolger Arnouls wünschten. Dafür sollte der Bürgermeister von Büdigen, SPD-MdL Willi Zinnkann, zum Landrat ernannt werden, während man dem Vorsitzenden der hessischen GDP-Landtagsfraktion den Bürgermeisterposten der Stadt Büdigen zugedacht hatte, gewissermaßen als Äquivalent für treue Gefolgschaft im Dienste der hessischen Sozialdemokratie.

Dieses personalpolitische SPD/GDP-Koalitionsgeschäft ist jedoch offenbar geplatzt. Auf jeden Fall ernannte das hessische Kabinett am 13. März auf Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Zinn den bisherigen ‚Vize‘ Dr. Günther Wetzler zum Regierungspräsidenten. Moosdorf bleibt Landrat, und Zinnkann nimmt weiter seine Dienstgeschäfte als Büdinger Bürgermeister wahr.

Daß Herrn Seiboth wieder einmal sämtliche Felle davonschwimmen, war zu erwarten. ‚Wie man sich bettet, so liegt man‘, besagt eine alte Spruchweisheit. Der ehemalige GDP-Bundesvorsitzende und jetzige Fraktionsführer der hessischen GDP liegt seit der vernichtenden Niederlage seiner Partei bei den Bundestagswahlen völlig schief, so daß sein Wiesbadener Bett kaum noch zu dem erhofften Ruheplätzchen werden wird.“

Eigenheime uninteressant

Dr. Brechts (SPD) Erklärungen und die SPD-Wirklichkeit

„Wir sind auch überzeugt, daß — und wir begrüßen auch dies — in der Zahl der fertiggestellten Wohnungen wieder ein beachtlicher Anteil von Kleinsiedlerstellen und Eigenheimen enthalten ist.“ So lobte der sozialdemokratische Wohnungsbauexperte und Bundestagsabgeordnete Dr. Brecht am 16. März 1961 im Bundestag.

Dr. Brecht hatte mit diesen Worten den Anschein erweckt, als ob die Sozialdemokraten bereit seien, das Eigenheim zu fördern. Die Wirklichkeit sieht jedoch in vielen Fällen bei der SPD ganz anders aus. Dafür geben drei Berichte aus der jüngsten Vergangenheit den Beweis.

In der Januar-Ausgabe der „Demokratischen Gemeinde“, dem kommunalpolitischen Organ der SPD, kommt Kaiserslauterns sozialdemokratischer Oberbürgermeister in einem Artikel über die Befragung des Wohnungsbauministeriums über die Eigenheimwünsche der Bevölkerung zu dem Schluß, daß die Städte ungeachtet der Zahl der Bausparer der neuen Welle der Wohnungssuchenden mehr Aufmerksamkeit schenken sollten als den „Wohlfahrtswünschen einzelner Bauwilliger“.

Kaiserslauterns Oberbürgermeister, der sich dabei in Widerspruch zu seinem Genossen aus dem Bundestag setzte, hatte anscheinend übersehen, daß die „einzelnen Bauwilligen“ in der Bundesrepublik immerhin ein Viertel aller Familien ausmachen. Ende 1961 verwalteten die deutschen Bausparkassen 3,374 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme

von 64,01 Milliarden DM. Allein im Vorjahr schlossen 620 758 Eigenheiminteressenten Bausparverträge ab.

In der Januar-Ausgabe des Organs der deutschen Familienunion, „Das Fundament der Familie“, tritt ebenfalls die unzureichende Berücksichtigung der privaten Bauwilligen durch die SPD offen zutage, wenn davon berichtet wird, daß die sozialdemokratisch regierte Stadt Hannover in den Randgemeinden Bauland aufkauft und dadurch die Preise so in die Höhe treibt, daß Bauwillige, vor allem kinderreiche Familien, ihre Eigenheimpläne wegen der hohen Grundstückskosten begraben müssen.

Noch unverblümter tritt die Tendenz der Sozialdemokraten zu Tage, wenn in der Ausgabe vom 17. Januar 1962 der SPD-Zeitung „Hannoversche Presse“ allen Ersten der Rat gegeben wird, die Grundstückspreise dadurch zu senken, daß „die übertriebene Förderung des Eigenheimbaus“ eingestellt wird. Daß die SPD-Zeitung damit den großen Wohnungsbaugesellschaften der Gewerkschaften, die der SPD nahestehen, das Wort reden will, dieser Verdacht ist nur schwer zu unterdrücken.